

Düstere Aussichten für Weltwirtschaft, Streit um Bürgergeld, Obergrenze für Bargeld

Düstere Aussichten für Weltwirtschaft

Nach Einschätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind die Aussichten für die Weltwirtschaft noch schlechter als im vergangenen Monat (Oktober 2022) prognostiziert. Der globale Kreditgeber senkte die Wachstumsprognose für 2023 auf 2,7 Prozent gegenüber 2,9 Prozent im Vormonat, teilte der Währungsfonds mit. Die jüngsten Indikatoren bestätigen, dass die Aussichten düsterer sind, insbesondere in Europa, hieß es in einem Blog des IWF, der für das G20-Gipfeltreffen in Indonesien vorbereitet wurde. Eine Verschärfung der Energiekrise in Europa würde das Wachstum stark beeinträchtigen und die Inflation in die Höhe treiben. ([Manager Magazin](#))

Streit um Bürgergeld

Vorerst ist das Bürgergeld der Ampelkoalition gestoppt. Nun ringen die Regierungsparteien nach einer Lösung in dem Konflikt. Nach der gescheiterten Verabschiedung des geplanten Hartz-IV-Nachfolgers hat die FDP erneut Signale für einen möglichen Kompromiss zwischen Ampelkoalition und der oppositionellen Union ausgesendet. Das von der Ampel geplante Bürgergeld hat sich am Montag (14.11.2022) in der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat nicht durchsetzen können. Bei einer Sondersitzung stimmten mehrere Länder unter Führung oder Beteiligung der Union dagegen oder enthielten sich. Nun soll der Vermittlungsausschuss bis Ende November 2022 eine Lösung finden – ansonsten droht das Bürgergeld, mit

dem die Ampel das System Hartz IV überwinden will, zu scheitern. ([Spiegel Online](#))

Obergrenze für Bargeld

Ein Limit von 10.000 Euro für Bargeldzahlungen fordert Bundesinnenministern Nancy Faeser. Ein 30.000 Euro-Barkauf von Schmuck oder Uhren sollte bald der Vergangenheit angehören, erklärte Faeser. Ziel sei es, kriminelle Strukturen zu zerschlagen und ihnen kriminelle Einnahmen konsequent zu entziehen. Eine Bargeld-Obergrenze ist in vielen EU Ländern bereits Standard. In Italien und Frankreich müssen Waren und Dienstleistungen ab einem Wert von 1.000 Euro elektronisch bezahlt werden – in Griechenland liegt das Limit bei 500 Euro. Die Eu-Kommission hatte vergangenes Jahr eine Obergrenze von 10.000 Euro in der gesamten europäischen Union vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat Ende Oktober 2022 bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, laut dem Immobilien künftig nicht mehr mit Bargeld bezahlt werden könnten. Bundestag und Bundesrat müssen sich damit noch befassen. ([Der Tagesspiegel](#))